

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

6.4.1929 (No. 80)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14, Fernsprecher Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegenheiten sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Pariser Reparationsverhandlungen

Astronomische Zahlen

Reichsbankpräsident Dr. Schacht hatte am Freitag in Paris Unterredungen mit den Delegierten Frankreichs, Englands, Belgiens und Italiens, wobei die vier Delegierten die Antworten auf die Fragen, die Dr. Schacht am Donnerstag gestellt hat, gegeben haben. „Echo de Paris“ und „Matin“ bringen heute Zahlen über die Forderungen, die gestern Dr. Schacht genannt worden seien. Da die Delegationen sich untereinander verpflichtet haben, über die Verhandlungen strengstes Stillschweigen zu beobachten, müssen die Angaben der beiden Blätter mit dem größten Vorbehalt aufgenommen werden.

W.D. Paris, 6. April. (Tel.) „Echo de Paris“ glaubt, über die gestrigen Verhandlungen, die die Führer der Delegationen Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens einzeln mit Dr. Schacht geführt haben, berichten zu können, daß die Franzosen an ihrer Forderung auf Zahlung ihrer Schulden zusätzlich 50 Milliarden Franken als Entschädigung für die Reparationen festhielten. Das Blatt glaubt zu wissen, daß Dr. Schacht, als diese Ziffern der Franzosen mitgeteilt worden seien, erstaunt gemessen sei, jedoch die Verhandlungen nicht abgebrochen habe. Sie dauerten vielmehr an. Es sei jedoch wenig wahrscheinlich, daß der deutsche Schuldner und die Hauptgläubiger sich von selbst verständigen. Obwohl die deutsche Delegation noch keine positiven Vorschläge gemacht habe, sei der Unterschied zu groß.

Das Schicksal der Sachverständigenkonferenz werde also wohl auf den Plan hinauslaufen, den der amerikanische Schiedsrichter ohne Zweifel alsbald vorlegen werde. Nach dem Plan würde Owen Young die Annahme folgenden Systems empfehlen: Zwei Annuitäten von 1700 Millionen Reichsmark, drei Annuitäten von 1900 Millionen Reichsmark, 82 Annuitäten von 2100 Millionen Reichsmark. Durch diese 87 Annuitäten würden die Forderungen der Gläubiger wegen der Reparationen im eigentlichen Sinne des Wortes getilgt werden. Vom 37. bis zum 59. Jahre würde man von Deutschland nur die Begleichung der an Amerika zu leistenden Zahlungen verlangen.

Die Summen, die die vier Gläubigerstaaten zu fordern gewillt seien, werden vom „Matin“ angegeben, der erklärt, man sehe nicht ein, wie die alliierten Sachverständigen die Reparationen und Parlamente ihrer Länder veranlassen könnten, eine Annuität von weniger als 1800 Millionen Reichsmark anzunehmen, wovon 900 Millionen Reichsmark als Entschädigung für die Reparationen im eigentlichen Sinne des Wortes dienen, eine Summe, die nach 37 Jahren in Wegfall käme. Circa 900 Millionen Reichsmark würde die Annuität zur Tilgung der Schulden darstellen, die in 12 Jahren auf 1700 Millionen steigen und 58 Jahre lang zahlbar sein sollen, falls nicht, wie doch wahrscheinlich, vorher eine Regelung mit Amerika getroffen werde. Diese Zahlen seien nicht dazu angetan, die deutsche Öffentlichkeit in Verstärkung zu versetzen; im Gegenteil, sie lägen merkwürdig unter den Ziffern des Dawesplanes. Sie stellen während der ersten 37 Jahre eine durchschnittliche Annuität von etwa 2350 Millionen Reichsmark und während der letzten 21 Jahre eine solche von 1700 Millionen Reichsmark dar.

Die Forderungen der Eisenbahnarbeiter

Die am Freitag in Berlin abgehaltenen Besprechungen bei den Spitzenverbänden der drei Gewerkschaftsringe haben keine weitere Verschärfung in dem Lohnkonflikt bei der Reichsbahn erbracht. Die Verbände erklären in einer Mitteilung u. a.: Die ungerechtfertigt hohe Spanne zwischen den Löhnen der Eisenbahnarbeiter und den Bezügen der Beamten erfordert dringend eine baldige Erhöhung. Mit Rücksicht auf die ungelagerte Situation, der sich die Deutsche Reichsbahn infolge der noch nicht abgeschlossenen Reparationsverhandlungen gegenüberstellt, wird es aber zweckmäßig sein, den Weg zu Verhandlungen auch weiterhin offen zu halten. Die Spitzenorganisationen haben jedoch beschlossen, in einer besonderen Eingabe an die Reichsregierung und die Reichsbahn-Hauptverwaltung zu wenden, durch die schon jetzt weitere Verhandlungen angestrebt werden sollen.

Die Gefahr eines allgemeinen Streiks der Reichsbahnarbeiter darf nach diesen Beschlüssen der Gewerkschaftsleitungen für's erste als abgewendet gelten, wenn auch die Lage weiterhin gespannt bleibt. Zunächst werden die Gewerkschaften versuchen, ihre Forderungen soweit wie möglich im Verhandlungswege durchzusetzen, wobei sie offenbar auch an die Reichsregierung appellieren.

Staatswürdevoll in Thüringen. Nach Verlautbarungen aus Thüringer parlamentarischen Kreisen haben sich der Vorlegung des Haushaltsplanes in letzter Stunde neue und schwer überbrückbare Schwierigkeiten in den Weg gestellt. Die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalitionsparteien beziehen sich in der Hauptsache auf die Erhöhung der Mietzinssteuer um 5 Proz., für welche die Wirtschaftspartei und die Deutschnationalen nicht zu haben sind. Am Freitag nächster Woche soll eine Kabinettsitzung stattfinden, in der sich die Regierung schlüssig werden wird, ob sie auf Durchführung ihrer Vorschläge bestehen oder zurücktreten soll. Man spricht bereits von Neuwahlen im Mai.

Türkische Strafprozedur nach deutschem Muster. Die türkische Kammer hat die Gesetzesvorlage über die neue Strafprozedur in ihrer Gesamtheit angenommen. Die neue türkische Strafprozedur ist nach dem Muster der deutschen aufgestellt.

Letzte Nachrichten

Um die große Koalition

Zum Abschluß des Kompromisses unter den Parteien M. Berlin, 6. April. (Priv.-Tel.) Zu dem gestrigen Abschluß des Kompromisses zwischen den fünf Parteien über den Etat und die Deckungsunterlagen erfahren wir noch folgende Einzelheiten:

Man ist selbst über diesen Erfolg überrascht, weil er wesentlich weiter geht, als man erwartet hat, und glaubt nun, daß man in Verhandlungen, die Mitte nächster Woche stattfinden, die Große Koalition bilden können wird. Die Abstriche betragen insgesamt 181 Millionen. Damit hat die Sozialdemokratie insofern auch nachgegeben, als am Sozialetat 45 Millionen eingespart werden. Es werden keine neuen Steuern bewilligt, nur eine Erhöhung der Branntweineinnahmen und eine einmalige Nachzahlung des seit Jahren fälligen Restes der Vermögensteuer.

Die Hauptschwierigkeiten, so behauptet man in politischen Kreisen, liegen augenblicklich bei der Deutschen Volkspartei, wo der industrielle Flügel gegen das Kompromiß ist, weil er überhaupt gegen die Große Koalition ist. Man sagt jedoch, daß sowohl Stresemann wie Curtius, aber auch, worauf es diesmal ankommt, Dr. Schulz sich mit aller Energie für das Kompromiß einsetzen werden, ohne Rücksicht auf die Folgen, die parteipolitisch daraus entstehen können.

Gesprochen wurde auch über die Reparationsverhandlungen und die Möglichkeit eines günstigeren Abschlusses. In diesem Falle würde man im nächsten Jahresetat die unbedingt erforderlichen Steuererleichterungen vornehmen.

Die Reicheinnahmen und Ausgaben im Februar 1929

W.D. Berlin, 6. April. (Tel.) Im ordentlichen Haushalt betragen im Monat Februar 1929 die Einnahmen (alle Angaben in Millionen Reichsmark) 626,2 und die Ausgaben 848,8, so daß sich eine Mehrausgabe von 222,6 ergibt. Im laufenden Finanzjahr stellen sich die entsprechenden Ziffern auf 8976,8 bzw. 9231,6, mithin Mehrausgaben 254,8. Im außerordentlichen Haushalt belaufen sich die Einnahmen im Februar auf 99,0, die Ausgaben auf 108,3, so daß eine Mehrausgabe von 9,3 verbleibt. Für das laufende Finanzjahr stellen sich die entsprechenden Ziffern auf 170,6 bzw. 396,4, mithin Mehrausgaben von 225,8. Unter Hinzurechnung der Überträge aus dem Vorjahre in beiden Haushalten ergibt sich für Ende Februar insgesamt eine Mehrausgabe von 263,8. Der Stand der schwebenden Schuld wird per 28. Februar mit 850,3 gegenüber 612,5 am 31. Januar angegeben.

Der Sieg der Regierung in Mexiko

Auflösung der mexikanischen Aufständischen W.D. New York, 6. April. (Tel.) Wie aus Mexiko berichtet wird, hat Calles in seiner Eigenschaft als Oberkommandant der Regierungstruppen dem Präsidenten gemeldet, die Streitkräfte der Aufständischen befänden sich in völliger Auflösung. Die Regierungstruppen erwarteten, auf ihrem weiteren Vormarsch nach Norden, der die Besetzung der Stadt Chihuahua und der Städte an der Grenze zum Ziele hat, keinen weiteren Widerstand zu finden. Wie von der Grenze gerüchelt wird, sind der Gouverneur und der Schatzmeister des Staates Chihuahua bei dem Versuch, mit der Kriegskasse der Aufständischen über den Rio Grande auf amerikanisches Gebiet zu flüchten, verhaftet worden.

Abessinischer Einbruch in Ostafrika

W.D. London, 6. April. (Tel.) Vier eingetroffenen Meldungen zufolge brach eine große Abteilung abessinischer Krieger vor kurzem in das Nordwestgebiet von Kenia ein, machte beträchtliche Beute und tötete etwa 40 Eingeborene. Eine kleine Strafexpedition der Kings African Rifles, eine Eingeborenentruppmacht mit britischen Offizieren, vertrieb die Eindringlinge nach kurzem Gefecht. Die Abessinier zogen sich unter Zurücklassung von 7 Toten eiligst über die Grenze zurück. Ihre gesamte Beute wurde zurückerobert.

Giftgas über Halle

pr. Berlin, 6. April. (Tel.) Das Landgericht Halle a. d. S. hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft gegen vier Bergwerksdirektoren und einen Betriebsführer das Hauptverfahren eröffnet. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, die Gase der Schwelereianlage beim regelmäßigen Betrieb in die freie Luft abgeführt und nicht durch geeignete Mittel unschädlich gemacht zu haben, ferner durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung vieler Personen in Halle und Umgebung auf diese Weise verursacht zu haben. Sie seien zu der Aufmerksamkeit, die sie aus den Augen ließen, durch ihren Verstoß besonders verpflichtet gewesen. Die Hauptverhandlung wird voraussichtlich Anfang Mai stattfinden.

* Einigung in der Etat- und Steuerfrage

Jeder deutsche Staatsbürger, der an der Konsolidierung unserer innerpolitischen Verhältnisse mitarbeitet und eine ruhige Entwicklung dieser Verhältnisse wünscht, wird die Nachricht, daß sich im Reichstag diejenigen Parteien, die für die Bildung der Großen Koalition in Betracht kommen, nunmehr über die Steuer- und Etatfrage geeinigt haben, mit Genugtuung begrüßen. Und zwar scheint die Einigung auf so festen Füßen zu stehen, daß man beschloßen hat, am Mittwoch beim Wiederbeginn der Verhandlungen des Hauptausschusses einen gemeinsamen Antrag der betreffenden fünf Parteien dem Ausschuss vorzulegen. Der Antrag würde einen recht umfangreichen Entwurf in sich schließen, in welchem die zahlreichen Einzelheiten des Kompromisses zu einem einheitlichen Ganzen bearbeitet werden.

Dieser Kompromiß bedeutet den Sieg des auch von uns mehrfach vertretenen Gedankens, daß man versuchen sollte, unter Verzicht auf ein größeres Steuerprogramm das Defizit durch Ersparnisse am Etat zu decken. Das Defizit ist auf 380 Millionen beziffert worden. Und hiervon sollen allein 180 Millionen, also beinahe die Hälfte, durch Streichungen am Etat getilgt werden. 35 Millionen errechnet man aus der Erhöhung der Beiträge der Reichspost und weitere 35 Millionen aus dem erhöhten Ansat der Tabaksteuer. Bleibt ein Rest von 130 Millionen Defizit übrig. Es soll gedeckt werden durch Erhöhung des Aufkommens aus der Branntweinsteuer, eine Erhöhung, die 90 Millionen Reichsmark beträgt. Die dann noch verbleibenden 40 Millionen sollen durch eine Nachzahlung auf die Vermögensteuer aufgebracht werden. Bekanntlich war im Jahre 1926 beschloßen worden, daß bei einem Minderertrag unter 400 Millionen, der sich etwa ergeben könnte, eine Nachzahlung erhoben werden soll. Da nur 360 Millionen aufkommen sind, soll 40 Millionen in Form eines 8proz. Zuschlags zur Vermögensteuer 1928 einmal noch erhoben werden. Als eine gewisse Steuererleichterung ist die Vereinbarung anzusehen, daß das Verlustsaldo der letzten beiden Jahre beim Gewinn dieses Jahres abzugsfähig sein soll.

Es werden also nach dem Kompromiß die ursprünglich geplante Biersteuer, die Erbschaftsteuer und die 20proz. Vermögensteuer fortfallen. Diese Tatsache wird sicherlich von dem gesamten deutschen Volke ohne Unterschied der Partei mit Freude vernommen werden. Denn Steuern sind nun einmal schon an und für sich unpopulär — das gilt vor allem von der Biersteuer —, sie sind aber auch dort, wo sie Kapital und Vermögen treffen, zumal in der heutigen Zeit, nur zu sehr geeignet, wirtschaftliche Schädigungen hervorzuheben. Die Wirtschaft führt einen verzweifeltsten Kampf um ihre Existenz. Wahrscheinlich wird sie den Kampf überhaupt nur dann bestehen können, wenn sich Erleichterungen dieser oder jener Art gegenüber dem bisherigen Zustand erzielen lassen. Neue Belastungen vermag sie jedenfalls nicht mehr zu tragen. So gesehen ist sogar die Nachzahlung auf die Vermögensteuer eine recht bedenkliche Maßnahme. Soffentlich kann sie hingenommen werden.

Die Streichungsvorschläge des Kompromisses erstrecken sich auf die verschiedenen Einzeletat, hauptsächlich auf den der Reichswehr und des Verkehrsministeriums. Mit dem Kompromiß wird sich jetzt das Kabinett zu beschäftigen haben. Allgemein wird angenommen, daß es ihm zustimmen wird. Die letzte Entscheidung der Fraktionen soll dann am Dienstag erfolgen.

Es ist wohl ganz selbstverständlich, daß, wenn keine neuen Schwierigkeiten auftauchen, und man bei dem Kompromiß beharrt, damit auch ganz neue, und zwar sehr verheißungsvolle Voraussetzungen für die Bildung der Großen Koalition in aller Form geschaffen werden. Wie man hört, will das Zentrum jedenfalls eine sofortige, feste koalitionsmäßige Bindung verlangen. Der Erfüllung dieser Forderung dürfte kaum etwas im Wege stehen: die drei Zentrumsminister könnten sofort ernannt werden. Die Große Koalition im Reich stünde dann auf einer festen Basis, da ja auch die Deutsche Volkspartei mit dem Verlauf der Beratungen zufrieden sein kann. In ihrem Wunsch, daß man unter Verzicht auf neue Steuern das Defizit durch Etatersparnisse decken solle, hat sie sich mit den übrigen Parteien begegnet. Eine so geartete Übereinstimmung ist das beste Fundament für koalitionsmäßige Bindungen.

Judem weiß man, daß der Reichsaussenminister Dr. Stresemann aus außenpolitischen Gründen das Zustandekommen der Großen Koalition dringend wünscht, weil die Außenpolitik des Reiches von einer zuverlässigen und festen Mehrheit getragen werden muß.

Offen bleibt lediglich die Frage der Bildung der Großen Koalition in Preußen. Bekanntlich ist man dort prinzipiell zu einer solchen Bildung bereit. Jedoch ist die Frage, wieviel Ministerposten die Deutsche Volkspartei in Preußen zu erhalten hätte, noch nicht ganz geklärt. Und leider hat auch das Verhalten der preussischen Fraktion der Deutschen Volkspartei bei den letzten Sitzungen des Landtages mancherlei Verstimmungen erzeugt, die erst beseitigt werden müssen. Die Tatsache, daß man sich im Reich auf so breiter Basis einigen konnte, stellt indessen den Versuch, in Preußen harmonischere Beziehungen zwischen den Parteien der Weimarer Koalition und der Deutschen Volkspartei anzubahnen, kein schlechtes Prognostikon.

Kurze Nachrichten

Die deutsche Delegation zur Abrüstungskommission. Die deutsche Delegation zu der am 15. April beginnenden vorbereitenden Tagung der Abrüstungskommission beim Völkerbund in Genf wird wieder unter Führung des Vizepräsidenten a. D. Graf Bernstorff stehen. Weiter werden ihr angehören: vom Auswärtigen Amt die Geheimräte v. Weizsäcker und Frobenius und vom Reichswehrministerium Vizeminister v. Böttcher.

Ein Ausgleichsausschuß für konfessionelle Streitfragen. Eine Reihe führender evangelischer und katholischer Persönlichkeiten ist in Berlin zu einem paritätischen Ausgleichsausschuß zusammengetreten, der sich die Aufgabe stellt, bei Grenz- bzw. Streitfragen zwischen den beiden christlichen Konfessionen seinen Einfluß geltend zu machen. Der Ausschuß will noch im Monat April mit der Arbeit beginnen.

Die Verhandlungen im Ruhrbergbau. Die durch die Kündigung der einzelnen Abkommen zwischen dem Bergewerksverband und den Arbeitnehmerverbänden notwendig gewordenen Verhandlungen finden am 13. April in Essen statt.

Kommunistenparade in Berlin. Nach Schluß von 20 kommunistischen Demonstrationen, die Freitagabend in den 20 städtischen Bezirken Berlins abgehalten wurden, kam es auf einigen Straßen zu Zusammenstößen mit der Polizei. In der Weinmeister- und der Gormannstraße wurde die Polizei mit Steinen beworfen, so daß sie gezwungen war, vom Gummiknüppel Gebrauch zu machen. Eine Anzahl Demonstranten wurde festgenommen.

Protest Kanadas gegen die Versenkung der „Im alone“. Nach einer Meldung aus Toronto hat die kanadische Regierung eine Mitteilung, die einen Protest gegen die Versenkung des „Im alone“ darstellt, an den kanadischen Gesandten in Washington zur Überreichung an Staatssekretär Stimson gerichtet.

195 Todesopfer des Prohibitionsgesetzes. Nach einer vom Washingtoner Schaham veröffentlichten Statistik haben seit der Inkraftsetzung des Prohibitionsgesetzes 195 Personen bei der Durchführung des Gesetzes das Leben eingebüßt. Beamte der Prohibitionsbehörde töteten 135 Personen, während 55 Beamte bei Ausübung ihrer Pflicht ums Leben kamen. Ferner wurden in den letzten 15 Monaten vom Küstenwächter 5 Personen getötet.

König Boris von Bulgarien ist heute, Samstag morgen, infognito in Berlin eingetroffen. Vorher weilte der König in Prag, wozu offiziell mitgeteilt wird, daß der Besuch Gelegenheit zu einem gegenseitigen Meinungsaustausch gab. Der Besuch entsprach einem langgehegten Wunsche der beiden Staatsoberhäupter, da seit geraumer Zeit sowohl Präsident Masaryk, als auch König Boris eine persönliche Bekanntschaft herbeiwünschten.

München im Schnee

München, 6. April (Tel.) Das starke Schneetreiben, das gestern den ganzen Tag anhielt, dauerte in den heutigen Morgenstunden an. Bei mehreren Graden unter Null sind Straßen und Plätze mit einer etwa 10 bis 15 Zentimeter hohen Schneedecke überzogen. Aus dem Innthal werden 20 Zentimeter Neuschnee gemeldet, in der Reichenhaller Gegend liegt der Schnee gleichfalls etwa 20 Zentimeter hoch. Auch aus dem Fichtelgebirge liegen Nachrichten vor, wonach dort 20 bis 30 Zentimeter Neuschnee gefallen sind.

Das sächsische Vogtland hatte heute, Samstag morgen, 10 Grad Kälte. Das ist die niedrigste Temperatur im April seit 100 Jahren im Vogtlande.

Die Stürme in Amerika

W.D. New York, 6. April (Tel.) Die neuen Stürme im Westen der Vereinigten Staaten haben auch in Wisconsin, Nevada und Iowa große Verheerungen angerichtet. Die Zahl der Toten beträgt jetzt schon 30, dürfte sich aber noch erhöhen, da vielfach einsam liegende Farmhäuser betroffen worden sind. In Wisconsin allein ist eine Strecke von 15 Meilen von dem Tornado vollständig verwüstet worden.

Brügelstraße in Südafrika

W.D. London, 6. April (Tel.) Nach Blättermeldungen aus Kapstadt wurde in Transvaal ein Farmer namens Jod Kaste wegen der mit großer Grausamkeit verübten Tötung eines Eingeborenen zu sieben Jahren Zuchthaus und zehn Peitschenhieben verurteilt. Der Farmer hatte einen Schwarzen durchgepeitscht, ihm zwei Rippen und das Brustbein gebrochen und ihn mit dem Kopf nach unten mehrere Stunden lang aufgehängt. In der Urteilsbegründung bemerkte der Richter, keine Bestrafung sei angemessen, die nicht dem Schuldigen einige der körperlichen Schmerzen zufüge, die sein Opfer erlitten habe. Das Urteil hat, wie die Blätter berichten, unter den Farmern in Südafrika riesiges Aufsehen hervorgerufen. Abordnungen verlangten, daß die Auspeitschung bis zu einer weiteren Untersuchung verschoben werde.

Die Zahl der Toten bei dem Eisenbahnunglück in Rumänien wird jetzt offiziell mit 20 angegeben. Viele Tote waren ausgeplündert und sogar ihrer Dokumente beraubt. Die Untersuchung hat ergeben, daß eine schadhafte Weiche, die seit Jahrzehnten nicht ausgewechselt worden war, die Schuld trägt. Der amerikanische Zerstörer „Gibbs“ fischte 80 Kilometer südöstlich von Hampton Roads mit dem amerikanischen Schoner „Carnegie Mills“ zusammen. Der Schoner sank. Von seiner Besatzung werden drei Mann vermißt.

Das Oberrheinabkommen

Der Ausbau des Oberrheins von Straßburg bis Konstanz
Zwischen Deutschland und der Schweiz ist, wie gemeldet, am 28. März in Bern ein Vertrag unterzeichnet worden, welcher die Herstellung einer Schiffahrtsstraße im Rhein zwischen Straßburg und Konstanz zum Gegenstand hat.

Im ersten Teil kommen die beiden Staaten Deutschland und die Schweiz wie mitgeteilt, dahin überein, daß die Regulierung des Rheins zwischen Neuchâtel und Jstein unzugänglich zu beginnen und ohne Unterbrechung durchzuführen sei. In dem zweiten Teil des Vertrages stellen die beiden Kontrahenten übereinstimmend fest, daß im Zusammenhange mit der Regulierung des Rheins von Neuchâtel bis Jstein der Ausbau des Oberrheins von Basel bis zum Bodensee zu einem großen Schiffahrtsweg zu erstreben sei. Sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse die Ausführung dieses Unternehmens möglich erscheinen lassen, wird der schweizerische Bundesrat mit der badischen Regierung einen Vertrag abschließen, durch den die Kostenverteilung, die Fristen der Ausführung des Unternehmens und seine technischen und administrativen Forderungen festgesetzt werden sollen.

Bei der Planung und dem Bau der Staustufe Kembs ist Vorzorge getroffen, daß der Stau des Rheins rheinaufwärts durch Basel hindurch bis an die unterste Staustufe der zu kanalisierenden Strecke reiche, so daß sich der Bau der Staustufe Kembs als Übergang von der zu regulierenden Strecke Straßburg-Neuchâtel-Jstein auf die zu kanalisierende Strecke Basel-Bodensee organisch in den Gesamtaufbau einfügt.

Das neue deutsch-schweizerische Abkommen nimmt — wie dazu aus Bern mitgeteilt wird — einen der Gedanken des großen Wasserbauprogramms wieder auf, welcher in dem Reichsgesetz über den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffsabgaben vom 24. Dezember 1911 seinen gesetzlichen Niederschlag gefunden hat. Die Herstellung einer Schiffahrtsstraße im Rhein zwischen Konstanz und Straßburg nach Maßgabe von staatlichen Verträgen, die zwischen den an dieser Strecke des Stromes beteiligten deutschen Reichsstaaten abgeschlossen waren, war eine der vornehmsten Aufgaben, welche dem von dem Gesetz in Aussicht genommenen Rheinstraßenverband gestellt war. Die Reichsregierung hatte seinerzeit in ihrer Vorlage nur an eine Regulierung des Oberrheins aufwärts bis Straßburg gedacht, wie sie bis zur Beendigung des Krieges von Baden, dem ehemaligen Reichsland Elsaß-Lothringen und Bayern durchgeführt ist und den Straßburger Hafen nach seiner Abtretung an Frankreich zu seiner großen Blüte gebracht hat.

Die Ausdehnung des Ausbauprogramms auf die Strecke bis Konstanz beruht auf der Initiative des Reichstages. 18 Jahre sind seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes vergangen, ohne daß es möglich gewesen wäre, dem Ziele näher zu kommen, aber der Gedanke, den Oberrhein, den größten natürlichen Binnenhafen Europas, an die Rheinstraße anzuschließen und ihn dadurch für seine von Natur geschaffene Aufgabe nutzbar zu machen, ist lebendig geblieben und wird durch den deutsch-schweizerischen Vertrag der Verwirklichung näher gebracht.

Freilich ist noch nicht abzusehen, ob die heutige Generation die Vollendung des Werkes erleben wird. Deutschland leidet unter den schweren finanziellen Lasten der Reparationsverpflichtungen und würde von sich aus im gegenwärtigen Zeitpunkt wohl kaum in der Wiederaufnahme solcher gigantischer Baupläne die Führung übernommen haben. Die Schweiz war es, welche im Jahre 1926 den Plan der Rheinregulierung von Straßburg bis Jstein-Basel der Zentralkommission für die Rhein-Schiffahrt zur Genehmigung vorlegte. Die Schweiz, und insbesondere die Stadt Basel, werden den größten Teil der Kosten übernehmen. Deutschland konnte und dürfte sich bei seiner traditionellen Fürsorge für den Rhein dem Antrage der Schweiz nicht die Mitwirkung entziehen, wenn es auch bei einem in Basel endenden Ausbau der Schiffahrtsstraße vielleicht vorübergehend eher Nachteile als Vorteile zu erwarten hat. Deutschland hat mit dem Vertrag von Bern für die Zukunft den Weg zum Bodensee geöffnet.

Der Vertrag wird noch im Laufe des Sommers dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werden.

Große Koalition in Strelitz. Nach einer Meldung aus Neustrelitz ist die Bildung einer Großen Koalition in Mecklenburg-Strelitz zwischen der Sozialdemokratie, der Arbeitergemeinschaft der Mitte (Demokraten und Handwerker) und der Deutschen Volkspartei grundsätzlich vereinbart worden. Dem bisherigen alleinigen sozialdemokratischen Staatsminister Dr. von Reibnitz sollen ein Demokrat und ein Volksparteiler als Staatsräte beigegeben werden. Die Personalfragen werden erst im Verlaufe der nächsten Woche geklärt.

Handel und Wirtschaft

Der Privatdiskont wurde für beide Sichten um je 1/2 Proz. auf 6 1/2 Proz. ermäßigt.

Die Landesbank für Haus- und Grundbesitz, e. V. m. b. H., Karlsruhe, hat ihren Geschäftsbericht für 1928 herausgegeben. Danach haben sich die der Bank zur Verfügung gestellten Gelder gegen das Vorjahr insgesamt um 1 623 456 RM erhöht, und zwar die Stammeinlagen um 159 612 RM, die Spareinlagen um 1 408 189 RM, die Einlagen in laufender Rechnung um 55 655 RM. Außerdem wurden durch die Hypothekenabteilung der Bank über 3 Millionen Reichsmark Kapital vermittelt zur Finanzierung der Neubautätigkeit. Von dem 86 538 RM betragenden Reingewinn schlägt der Vorstand die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent auf die bis Ende Juni des Geschäftsjahres und 8 Prozent Zinsen für die nach diesem Zeitpunkt einbezahlten Geschäftsguthaben der Mitglieder — 86 675 RM — vor, ferner Verstärkung der gesetzlichen Rücklage um 21 400, Abschreibung an Bankgebäuden 10 000, Abschreibung an Einrichtungsgegenständen 16 811 und Gewinnvortrag auf neue Rechnung 1652 RM. Der Gesamtumsatz auf der einen Seite des Hauptbuchs hat die Höhe von 115 457 169 RM gegen 81 Millionen im Vorjahr erreicht. Wechsel wurden im Gesamtbetrage von 9 888 871 RM hereingenommen. Der Bericht betont, daß die Entwicklung der Zweigniederlassungen stetige Fortschritte mache. Die Generalversammlung findet am 13. April statt.

Die Chemiker dürfen wieder haben. Der Rat der Stadt Chemnitz hat beschlossen, das vollständige Bäderverbot aufzuheben. Es darf an einem Tage in der Woche gebadet werden. An den übrigen Tagen bleibt das Baden wegen der Trinkwassernot noch untersagt.

Mehrere Gymnasien aus Lille und Tourcoing, die unter Führung eines Geistlichen die Schachspieler von Donauwert besuchten, wurden von einer explodierenden Granate überfallen. Der Geistliche und einer der Schüler wurden auf der Stelle getötet. Zwei andere Schüler sind schwer verletzt worden.

Badischer Tell

Zum Tode von Dr. h. c. Karl Benz

Beileid der badischen Regierung

Im Auftrage der badischen Regierung wird in Vertretung des Landrates von Mannheim der dortige Polizeidirektor der Witwe des Verstorbenen das Beileid des Staatspräsidenten und der Regierung persönlich aussprechen, an den Beisetzungen teilnehmen und einen Kranz am Grabe niederlegen.

Der Reichspräsident hat der Witwe des verstorbenen Dr. Carl Benz in Ladenburg in einem persönlichen Schreiben sein Beileid ausgesprochen.

10. Badisches Bundesjüngertag in Freiburg

Insgesamt haben endgültig 185 Vereine ihre Beteiligung am 10. Badischen Bundesjüngertag in den einzelnen Kategorien zugesagt. Diese zahlreichen Vereine können nicht nur, wie das früher der Fall war, erst am Festort selbst dem Abwehrverfahren unterzogen werden. Das würde viel Zeit wegnehmen. Man kam daher auf die Idee, daß im Verlaufe der Monate April und Mai die Vereine von dem Bestimmen des Wirtsausschusses in den einzelnen Orten aufgesucht und abgehört werden. Auch das Bestimmen kann nicht, wie ursprünglich geplant, in der großen Festhalle allein stattfinden. Die Festhalle am Karlsplatz und die aufstisch ausgebaute Turnhalle der Emil-Thoma-Schule, die am Festplatz gelegen ist, müssen ebenfalls benutzt werden.

Das Bestimmen beginnt am Pfingstamstagmorgen und beansprucht noch den ganzen Pfingstsonntag. Samstagabend ist eine große Begrüßungsfeier, die die Freiburger Vereine den nach Freiburg gekommenen Sangesbrüdern vom Badischen Sängerbund darbieten, angefügt.

Am Pfingstsonntag, nachmittags 5 Uhr, wird in der Städtischen Festhalle die „Liederhalle“ Karlsruhe zusammen mit der „Liedertafel“ Forzheim, die beide unter Leitung des Studienrats Kahner stehen, das erste Stundenkonzert geben. U. a. werden hierbei die im letzten Jahre auf der 1. Münchberger Sängerversammlung von der „Liederhalle“ aus der Taufe gehobenen Chöre „Geistertanz“ von Baumann, und „Geldensriedhof“ von Bud zur Aufführung kommen. Ferner wird der ausgezeichnete Chor Werke zeitgenössischer Meister vermitteln. In einem zweiten Sonderkonzert, das ebenfalls in der Festhalle um 7 1/2 Uhr stattfindet, wird sich der Mannheimer „Schubertbund“ in Freiburg vorstellen. In diesem Konzert wird man Werke des im Vorjahre verstorbenen Walter Moldenauer zu hören bekommen. Im Anschluß an dieses Konzert findet ein drittes Sonderkonzert in der großen Festhalle statt. Dieses steht unter Leitung des Musikdirektors Gellert, Mannheim. Der städtische Chor ist gebildet aus den Mannheimer Vereinen „Flora“, „Harmonie“ und „Liederhalle“. Auch der Heidelberger „Liedertranz“ wird in einem Sonderkonzert auftreten.

Pfingstmontag, vormittags 10.30 Uhr, findet dann das große Hauptkonzert statt. Neben dem Städtischen Orchester wird auch das Orchester des Badischen Landes theaters in Karlsruhe die Begleitung der großen, für Chor und Orchester geschriebenen Werke übernehmen. In dem Gesamtchor des Bundes treten noch 600 Knabenstimmen und die beiden Orchester. Auch die Meistersingerchor in der Bearbeitung von Hugo Kahner werden zum Vortrag kommen.

Die Affäre Kiefer

Die leidtragenden Tabakpflanzler

In einer Zuschrift an die „Kiefler Zeitung“ heißt es u. a.:

Es vergeht wohl kaum ein Tag, an dem nicht die aufsehenerregenden Artikel im Kiefler-Blatt veröffentlicht werden. All das Schredliche, das der unglückselige Tote heraufbeschworen hat, läßt sich noch lange nicht übersehen. Sehr stark in Mitleidenschaft gezogen sind gerade die kleinen Bauern des Hanauer-Landes, die ihre sehr teuer erpflanzten Großchen in Afrika der Badischen Tabakbau- und Verwertungs-A.G., Krefeld, angelegt hatten. Dazu kommt noch die schlechte Bezahlung der letzten Ernte, von der die Pflanzler immer noch auf eine Nachzahlung gehofft hatten. Man hat den Bauern sogar noch eine ansehnliche Summe von Tabakgeld abgezogen, angeblich zu einem Hallenbau, jedoch auch diese Gelder sind verschwunden, und die Halle wurde nicht gebaut! Man errechnet den gesamten Ausfall, der dadurch entstanden ist, auf über 2 Millionen Reichsmark. Dazu soll die Gesellschaft heute noch Schulden von über 80 000 RM haben.

Der Gesellschaftsvertrag war so raffiniert gemacht, daß bei Differenzen der ordentliche Gerichtsweg ausgeschlossen war und ein sehr ansehnliches Schiedsrichtergremium an dessen Stelle trat. Es wird in der Zuschrift weiter an jene bedeutungsvolle Generalversammlung der Kiefler Tabakbau-A.G. erinnert, bei der zum ersten Male in aller Öffentlichkeit gegen die allmächtige Diktatur Kiefer angekämpft wurde. Die Versammlung endete mit einer vollen Niederlage des Aufsichtsrats und der Verwaltung (lies: Kiefer). Das war im Jahre 1926. Die Verwaltung und Herr Kiefer sorgten aber dafür, daß gegen die Angriffe eine Vertrauensumgebung fabriziert wurde, die von 48 Pflanzern unterzeichnet wurde, und in der es am Schluß hieß: Wir als die berufenen Vertreter der organisierten Pflanzler nehmen Veranlassung, der Geschäftsführung nach wie vor das volle Vertrauen auszusprechen. So kam es, daß die vom Mai in den Oktober verlegte Generalversammlung ausging wie das Hornberger Schießen. Ein weiterer Kniff des Herrn Kiefer war, zu dieser Generalversammlung nur die sicheren Kantonalisten einzuladen und im übrigen im Gegenjag zu früheren Gepflogenheiten die Veröffentlichung der Ausschreibung der Generalversammlung nur im „Reichsanzeiger“, Berlin, den ja bekanntlich kein Landwirt liest, vorzunehmen. Wäre damals eingegriffen worden, so müßten wir vielleicht heute nicht von einem Selbstmord des Bankiers Georg Scher, und viele Hanauer und badische Tabakpflanzler hätten ihr Geld in der Tasche.

Noch ist das Kieflerische Trauerspiel nicht zu Ende. Wir sehen noch im ersten Akt und wissen nicht, was es noch alles in sich birgt! So sieht der Frühjahrsanfang für die Tabakpflanzler des Hanauer-Landes aus!

Ein Dementi des Reichs Ernährungsministers

Reichsminister Dietrich erklärt in einem Schreiben u. a.: Niemand hätte ich im entferntesten die Absicht, der Badischen Tabakbau-A.G. einen verbilligten Kredit zum Ankauf von Tabak im Interesse der Hanauer Bauern zu geben. Ebenfalls wenig hat die Reichsregierung einen Pfennig Geld bei Kiefer oder einer seiner Gesellschaften anzuwenden.

Badischer Landesverein für Naturschutz

In der in Freiburg abgehaltenen Mitgliederversammlung des Badischen Landesvereins für Naturschutz und Naturkunde wurde mitgeteilt: Die geplante Stauung des Nrieses, gegen die sich der Verein im Interesse der Erhaltung eines wertvollen Natursdenkmals gewendet hat, wird unterbleiben, da die Kosten unerwartet hoch sein würden.

Tagung des Oberrheinischen Geologen-Vereins

In diesen Tagen fand in Freiburg die Haupttagung des Oberrheinischen Geologenvereins statt. Nach geschäftlichen Erörterungen, die die Wahl des Vorstandes (Prof. Schmidgen, Mainz, Prof. Neuffer, Stuttgart, Rechnungsrat Pfeifer, Stuttgart), ferner die Wahl des nächsten Tagungsortes (Schwab. Hall) betrafen, eröffnete Vortrag Wagner, Darmstadt, und Prof. Schmidgen, Mainz, die Reihe der wissenschaftlichen Vorträge durch Mitteilung über eine neue paläolithische Station von Ballertheim beim Mainz.

Vohnbewegungen

Die Lohnkarte in der Rheinischschiffahrt. In der Rheinischschiffahrt bestand die Möglichkeit, den Lohnsatz am 1. April zum 30. April und den Lohnsatz am 1. April zum 31. Mai zu fünfzig. Von diesem Recht ist, wie aus Duisburg gemeldet wird, weder von Arbeitnehmer- noch von Arbeitgeberseite Gebrauch gemacht worden.

Kurze Nachrichten aus Baden

23. Mannheim, 6. April. Der badische Flugzeugführer Karl Haber beabsichtigt, Mitte Juni d. J. einen Ozeanflug Deftau-Chicago zu unternehmen. Als Flugzeug soll eine einmotorige Junkers-Maschine vom Typ 23 dienen. Haber wird von dem Junker Oskar Bernede begleitet sein.

Gemeinderundschau

Gasfernversorgung Oberbaden G. m. b. H. Freiburg i. Br.

Zu den Plänen zur Versorgung der Bezirke Müllheim und Staufen mit Gas durch das Gaswerk Freiburg i. Br. wird mitgeteilt, daß das neue Unternehmen die Bezeichnung „Gasfernversorgung Oberbaden G. m. b. H. Freiburg i. Br.“ führen wird. In diesem Unternehmen wird der kommunale Einfluß vorherrschend sein.

Bezirksparlamente Donaueschingen.

Zu der Bilanz wird uns geschrieben: Die Bezirksparlamente konnten im sayungsmäßig gezogenen Rahmen die hinreichend belegten Kreditansprüche des Bezirkes voll betreiben und darüber hinaus ihre Liquidität verbessern. Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß die Entwidlung der Bezirksparlamente auch 1928 ihren ungehemmten Fortgang genommen hat.

Über 7 Millionen Reichsmark Sparanlagen in Kasst

Der Gesamtanlagenbestand bei der öffentlichen Sparkasse Kasst betrug Ende 1928 7 240 000 RM, darunter 4,6 Millionen Reichsmark reine Sparanlagen samt Zinsen.

Der Stadtrat Überlingen beschloß, von der Gründung einer Automobilgesellschaft oder Unterstützung eines ähnlichen Unternehmens Abstand zu nehmen.

Der Bürgerausschuß Sigen genehmigte den Erwerb eines Grundstücks und die Errichtung einer Kraftwagenhalle einstufig.

Ausbau der staubfreien Wanderwege im Schwarzwald.

Das an sich schon in den letzten Jahren erheblich gewachsene Netz staubfreier Wanderwege im Schwarzwald — es sei nur an die großartige Anlage des Jägerpfades im Nollental und an die zahlreichen Wege dieser Art im Triberger Gebiet gedacht — soll durch eine großzügige Anlage im Südschwarzwald im Gebiet der Dreifeldenbahn vermehrt werden.

Der Bürgerausschuß Baden-Baden hat mit 68 gegen 20 Stimmen den Anlauf des Fürstl. Fürstenerbischen Anwesens in der Stephaniestraße zugestimmt.

Darmstadt neuer Oberbürgermeister.

Nur die Besetzung des durch den Tod des Oberbürgermeisters Dr. Glaesing freigewordenen Postens des Oberbürgermeisters von Darmstadt ist nach einem Beschluß der Weimarer Koalitionsparteien die Wahl des bisherigen Bürgermeisters Müller gesichert.

Aus der Landeshauptstadt

Vom Karlsruher Verkehrsverein. Wie üblich, hat der Karlsruher Verkehrsverein mit der einsetzenden Frühjahrszeit unter Hinweis auf seine Gemeinnützigkeit eine erhöhte Mitgliederwerbung aufgenommen. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl anderer Großstädte geht die Gesamtmitgliederzahl über die man anderer größerer Städte erheblich hinaus.

Ausstellung und Prämierung von Gesellenstücken.

In der Landesgewerbehalle, Karlsruhe, Karl-Friedrich-Strasse 17, findet vom 6. bis 18. April die Ausstellung und Prämierung der Gesellenstücke aus dem Handwerkskammerbezirk Karlsruhe statt. Die Ausstellung ist sehr zahlreich besetzt. Die ausgestellten Arbeiten sind durchweg sehr gute Leistungen und stellen ein erfreuliches Zeichen des Fleißes und der Strebsamkeit unserer jungen Handwerksgehilfen dar.

Zum diesjährigen Sommertagszug.

Nach eingehender Prüfung hat der Verkehrsverein beschlossen, den diesjährigen Sommertagszug am Sonntag, den 28. April, in ahliher Weise wie im vorigen Jahr zu veranstalten. Zwar fällt der Zug auch diesmal zufällig mit dem Sommertagszug in Brudersal zusammen, das letzte Jahr hat aber gezeigt, daß beide Städte ihren großen Kreis von Zuschauern in sich zu versammeln vermögen.

Badisches Landesheater.

Nach einer Wiederholung der Sokrates-Komödie „Die große Gebanmentkunft“ von Robert Walter am Mittwoch, den 10. April, gelangt am Samstag, den 13. April, das altindische Drama „Sakuntala“ (oder „Der verhängnisvolle Ring“) des Kalidasa in der Nachdichtung von Paul Kornfeld zur hiesigen Erstaufführung.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe.

Auf der Rückseite eines Zeitwirdels, der gestern mit südlichem Kurs über Deutschland nach Norditalien hinwegzog, und uns vorbreitete, meist als Schnee fallende Niederschläge brachte, hat rascher Druckanstieg über Westeuropa zur Bildung eines kräftigen Zwischenhochs geführt.



Badisches Landestheater

Montag, den 8. April 1929
Th.-Gem. 1151-1200 und 1401-1550

9. Sinfoniekonzert

Dirigent: Josef Krips
Solist: Ottomar Voigt
Mozart: Kleine Nachtmusik — Spohr: Violinkonzert Nr. 8, op. 47 (in Form einer Gesangsszene) — Beethoven: 7. Sinfonie A-dur.
Anfang 20 Uhr Ende 22 Uhr
I. Rang und I. Sperrplatz 4 RM.

Privat-Fachschule
für
MASCHINENSCHREIBEN
(Sonderheit: Umschulung zum Zehnfinger-Blindschreiben) und 490
STENOGRAPHIE
Beginn neuer Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene
Anmeldungen umgehend erbeten
OTTO AUTENRIETH
staatl. geprüft am Stenograph. Landesamt München
zuletzt Fachlehrer a. d. Priv.-Handelssch. Merkur hier
(Haus Feißkohl) Kaiserstr. 67 III Eing. Waldhornstr.

Bei
Hermes Bruchleiden **Hermes**

wurden nach unserer Methode der orthopädischen Bruchbehandlung gute Erfolge erzielt.

Dem „Hermes“ Ärztlichen Institut für orthopädische Bruchbehandlung bestätige ich, daß mein Bruchleiden durch Ihre Methode vollständig geheilt ist. Ich kann jetzt jede Arbeit ohne Beschwerden verrichten, gehe ohne Band, verrichte jede Arbeit und habe von meinem großen Bruch, der tief in den Rücken runterging, nichts mehr gespürt. Richard Bus, Schlosser, Entsch bei Karlsruhe. 8. 12. 27.

Seit 1/2 Jahr gehe ich ohne Band und von meinem faustgroßen Bruch, den ich etwa 25 Jahre lang hatte, ist nichts mehr zu bemerken. Ich bin vollständig geheilt. Frau Therese Sinn, Wiesbaden, Kerostr. 43. 12. 9. 28.
Weitere Referenzen auf Anforderung. (Doppeltes Rückporto erbeten.)
Sprechstunde unseres Arztes in:
Karlsruhe: Montag, 8. April, nachmittags 2-5 Uhr, Bahnhofshotel.
Karlsruhe: Dienstag, 9. April, vormittags 9 1/2 bis 1 Uhr und nachmittags 2-5 1/2 Uhr, Hotel Luz, am alten Bahnhof.
Pforzheim: Mittwoch, 10. April, vormittags 9-11 Uhr, und nachmittags 2-4 Uhr, Hotel Gansa, Bahnhofstraße.

„Hermes“ Ärztliches Institut für orthopädische Bruchbehandlung G. m. b. H., Hamburg, Eiplanade 6.
(Ärztl. Leiter: Dr. G. L. Meyer.)
ältestes und größtes ärztliches Institut dieser Art.

Bei der Gemeindeverwaltung **Bad Dürheim (Schwarzwald)** ist infolge Erkrankung und bevorstehenden Übertritts des jetzigen Stelleninhabers in den Ruhestand die Stelle des

Gemeinderechners

baldbmöglichst zu besetzen. Für die in starker Entwicklung stehende Gemeinde mit ihrem umfangreichen Kurwesen kommt eine Kraft in Betracht, die das gesamte kommunale Rechnungswesen vollkommen beherrscht. Befolgung nach Gruppe Vb der Reichsbesoldungsordnung. Sicherheitsleistung nach § 4 der Gemeinderechnungsordnung erforderlich. Lebensalter zwischen 30 und 40 Jahren.

Bewerbungen mit entsprechenden Befähigungsnachweisen in Original oder beglaubigter Abschrift, selbstgeschriebenen Lebenslauf und Gesundheitsattest wollen mir bis **25. April 1929** eingereicht werden.

Bad Dürheim, den 4. April 1929. 458

Der Bürgermeister:
Baninger.

Wir suchen einen im Gemeinderechnungswesen vollständig ausgebildeten und fähigen

Kassenbeamten

Beschäftigung zunächst ausschließlicher auf einige Monate. Dauernde Anstellung später nicht ausgeschlossen. Sofortiger Eintritt erwünscht.

Mühlheim i. B., den 2. April 1929.
Stadtgemeinde.

Nußholzverkauf.

Die Gemeinde Büchenbronn verkauft freihändig 539 fm Nadelrundholz und 109 fm Forlen. Angebote wollen in Prozenten der Landesgrundpreise 1927 bis spätestens **8. April 1929, nachmittags 5 Uhr**, an den Gemeindevater eingereicht werden. **Stenenauszüge** und nähere Auskunft durch das Bürgermeisteramt (Fernspr. 212). Vorzeiger der Hölzer die **Höfster Marius** und **Schuder** in Büchenbronn.
Büchenbronn, den 2. April 1929.
Der Gemeindevater, 456

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Detektiv-Institut
u. Privat-
Auskunftel
„Mannheim“
Argus
O 6, 6
Planken
Telefon 33305
A. Maier & Co., G.m.b.H.



KLEIN TORPEDO
FÜR BÜRO, REISE UND HEIM!

STABIL, LEICHT UND HANDLICH • VOLLWERTIGER ERSATZ FÜR DIE GROSSE STANDARDSCHREIBMASCHINE!
TORPEDO FAHRÄDER - SCHREIBMASCHINEN
WEILWERKE A.-G., FRANKFURT A. M.-RÖDELHEIM

Druckschrift 10013 kostenlos.

Günstige Teilzahlungs-Bedingungen!
Unverändliche Vorführung durch den Hauptvertreter

OTTO LAMPSON * KARLSRUHE

Büromaschinen — Büroeinrichtungen 143
Telephon 508 Friedrichsplatz 10

Gemeinnützige Eisenbahner-Baugenossenschaft e. G. m. b. H. Karlsruhe.

Bilanz auf 31. Dezember 1928.

| Aktiva: | RM | Passiva: | RM |
|---|---------------------|--|---------------------|
| A. Anlagevermögen: | | A. Geschäftskapital: | |
| 1. Gebäudelozent | 1 052 110,- | 1. Geschäftsanteil | 65 627,38 |
| 2. Neubaulozent | 139 593,93 | 2. Rückstellungen | 44 438,36 |
| 3. Inventarozent | 600,- | 3. Gebäudeerneuerungsfonds | 10 865,30 |
| B. Betriebsvermögen: | | 4. Gesell. Reservefonds | 39 409,88 |
| 4. Kasse | 712,29 | B. Schulden: | |
| 5. Guthaben bei der Badischen Beamtenbank | 5 091,80 | 5. Feste Schulden: | |
| 6. Beteiligung | 25,- | a) Baudarl. der Stadt | 653 788,63 |
| 7. Guthaben bei der Stadt Sparkassa Karlsruhe | 17 641,80 | b) Hypothekenzent | 389 662,29 |
| 8. Guthaben beim Postfachamt Karlsruhe | 52,02 | 6. Guthaben ausgeschiedener Genossen | 1 914,34 |
| 9. Guthaben bei der Eisenbahnhauptkasse Karlsruhe | 350,- | 7. Selbsthilfefozent | 4 633,60 |
| 10. Rückständige Mieten von 1928 | 791,18 | 8. Sparozent | 10 325,07 |
| 11. Noch nicht fällige Miete (Dezember 1928) | 8 134,70 | 9. Reingewinn | 4 437,87 |
| | 1 225 102,72 | | 1 225 102,72 |

Mitgliederbewegung:

| | |
|--|------------------|
| Stand am 1. Januar 1929 | = 441 Mitglieder |
| Zugang im Jahre 1928 | = 77 " |
| | 518 " |
| Abgang 1928 (Austritt 36, Tod 5) | = 41 " |
| | 477 " |

Karlsruhe, den 31. Januar 1929.

Der Vorstand:
gez. Schille, Weisbrod, Vogt.

Die Genossen werden zu der am **20. April 1929, abends 7 1/2 Uhr** im Saale des Restaurant zum Ziegler, Baumeisterstraße 18, stattfindenden **9. ordentlichen Hauptversammlung** eingeladen. Ausweis: Mitgliedsbuch.

Anträge zu derselben sind bis spätestens **13. d. M.** auf unserem Geschäftszimmer Müppurrer Straße 37 einzureichen.

Der Vorstand:
gez. Schille, Vogt.

Der Aufsichtsrat:
gez. Reuges.

G. BRAUN
KARLSRUHE I. B.
VORMALS GEBRAUNSCHE HOPF-
BUCHDRUCKEREI U. VERLAG G. M. B. H.
KARLSRUHE I. B.

DRUCK-ARBEITEN

JEDER ART FÜR WERBEZWECKE
ORGANISATION-VERWALTUNG-WISSENSCHAFT

Druck G. Braun, Karlsruhe.

Namens der Schluchseer A.-G. Freiburg i. Br. schreibt die Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft vorm. B. Rahmeyer & Co., Frankfurt a. M., Zweigniederlassung Freiburg i. Br., Rempartstr. 16, die Arbeiten für die

Verlegung der Leitstrecke Rothausattel-Lochmühle (Pos III) der von Schluchsee nach Häusern führenden Landstraße 50

zum öffentlichen Wettbewerb aus.
Die Arbeiten umfassen die Herstellung der etwa 2,8 km langen, 5,5 m breiten Landstraße mit etwa 20500 cbm Erdaushub, 10000 cbm Felsausbruch, 15500 qm Fahrbahnherstellung, und eines gewölbten Durchlasses mit etwa 550 cbm Fundamentbeton, 280 cbm Gwölbbeton.

Die Angebote sind bis zum **22. April, vormittags 12 Uhr**, post und bestellgeldfrei an die E. A. G., Zweigniederlassung Freiburg i. Br., Rempartstr. 16, einzusenden. Später eingehende Angebote werden nicht mehr berücksichtigt. Eine öffentliche Verhandlungsfahrt findet nicht statt.

Die Angebotsunterlagen können vom **6. April ab** zum Preise von 25 RM von der E. A. G. bezogen werden.

Die Bieter sind verpflichtet die Kaufstelle vor Angebotsabgabe zu besichtigen. Bezüglich etwa noch gewünschter Auskünfte und Erläuterungen haben sich die Bieter an die E. A. G. zu wenden. 3.461

Die Bieter bleiben 6 Wochen nach Angebotsöffnung an ihr Angebot gebunden.

Die Angebotsunterlagen können außer bei der E. A. G. in Freiburg i. Br. auch bei deren Baubehörde in Seebrugg während der Dienststunden eingesehen werden. Freiburg i. Br., den 4. April 1929.

Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft
vorm. B. Rahmeyer & Co., Frankfurt a. M.

Zweigniederlassung:
Freiburg i. Br., Rempartstraße 16.

Württembergische Geld- und Pferdelotterie, Ziehung 21. März 1929, Stuttgart.

In die für Baden genehmigten Lose fielen nachstehende Gewinne:

5 000 RM: Nr. 13441. 500 RM: Nr. 9210.
Je 50 RM: Nr. 13513, 22403, 45305.
Je 10 RM: Nr. 9136, 13194, 13442, 13557, 13962, 45629, 45736, 64368, 64824.
Je 5 RM: Nr. 9073, 9077, 9142, 9176, 9371, 9725, 13047, 13077, 13333, 13940, 13981, 22238, 22319, 22495, 22904, 45147, 45512, 45759, 45795, 64163, 64188, 64370, 72526. 3.459

Je 2 RM gewinnen alle Lose mit nachstehenden Endzahlen (sofern nicht schon mit höherem Gewinn gezogen):

001, 052, 055, 061, 098, 117, 121, 139, 144, 163, 164, 170, 215, 292, 294, 368, 390, 448, 468, 480, 487, 504, 512, 529, 539, 541, 562, 591, 593, 642, 647, 656, 676, 684, 809, 845, 880, 888, 899, 904, 942, 984.

Ludwig Schwesigut
Karlsruhe i. B.
Erbsenstraße 4
beim Rindfleischplatz

Flügel
Pianos
Harmoniums

Nur beste Fabrikate
Schr. mäßige Preise
Umtausch aller Klaviere

Leichenwagen

liefert für Hand und Be-
spannung als Spezialität
4 neue verschiedene
Leichenwagen
sind preiswert abzugeben

Joseph Gunz
Wagenbauanstalt 358
Achern (Baden)

Badisches Landestheater
Sonntag, 7. April
*B 21. Th.-Gem 3. S. G.
(1. Hälfte)
Die Afritanerin
Große Oper von Meyerbeer
Dirigent: Schwarz
Regie: Krauß

Colosseum
Täglich 8 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr
die neue Wiener Revue
Einst und Jetzt